

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847**

83 (16.10.1847)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Juli bis 30. Dezember 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 fr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

# Die Rundschau.

N<sup>o</sup> 83.

Karlsruhe, Samstag den 16. October

1847.

Herausgegeben von Karl Rathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt in Carlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreispaltigen Petitzeile berechnet.

## Vielregiererei, Vielschreiberei.

Erfreulich ist die Wahrnehmung, wie sich auch in dem starren Bureaufratenleben der Zeit- und Reformgeist geltend zu machen sucht. Wahrlich nicht ohne Ursache und Gründe! denn es grenzt an's Unglaubliche, wie viel bei uns nutzlos geschrieben und regiert wird, welche kostbare Zeit man auf unpraktische Dinge verschwendet, wichtigeren Angelegenheiten entzieht.

Bevor eine umfassende Aenderung in der Geschäftsbehandlung aller Staatsstellen, namentlich aber der Verrechnungen eingetreten, und ehe die Grundsätze der Einfachheit, Kürze und Klarheit bis in's geringste Detail durchgeführt sind, ist bei allen Neuerungen, insbesondere wegen der neuen Gerichts- und Verwaltungsorganisation, zu befürchten, daß die Kosten eine unverhältnismäßige, enorme Höhe erreichen werden.

Unter so manchen, längst veralteten, zwecklosen, zeitraubenden Formen erwähnen wir hier nur die verschiedenartigen Titel\* und Prädikate, womit verordnungsmäßig einzelne Stellen bezeichnet werden müssen, und wie oft die Worte: löblich, wohl-löblich; hochlöblich, hochpreislich und höchstpreislich, in Berichten, Akten und Adressen vorkommen. Es erscheint dieses zwar im ersten Moment nur als eine unerhebliche Kleinigkeit, kaum der Erwähnung werth; allein diese Kleinigkeit erscheint so viel tausend und tausendmal, daß sie eben deshalb wichtig ist.

In England hätte man schon längst berechnet, wie viel Zeit, Raum, Tinte, Federn, Papier, Streufand u. dergl. in einem Zeitraum von vielen Jahren auf jene Worte verwendet worden sind, und man würde über das Resultat gestaunt haben; denn es kostet Zeit und Mühe, bis sich jüngere Geschäftsmänner, Gehülfen, Beamte u. s. w. jene Unterscheidungen eigen gemacht, und es sind dabei Irrungen unvermeidlich, welche gleichfalls wieder zu Zeitverlust Anlaß geben.

In Frankreich überschreibt man überall und allenthalben einen Brief an den König mit zwei Worten: „au roi;“ im gelobten, schönen Lande Baden kommen Adressen vor mit fünfzehn Worten, wie z. B. folgende: „an das wohl-löbliche Kontrol-Bureau der Großherzoglichen hoch-löblichen Regierung des Mittel-Rhein-Kreises in Karlsruhe.“ Jede Seite der Domänen-, Amts-, Klassen- u. s. w. Rechnungen ist wenigstens zur Hälfte mit Abtheilungen, Rubriken, Unterrubriken, Titeln,

\* Es gibt Staatsverrechnungen (z. B. St. Klassen, Waldkirch, Wiesloch), welche in Berichten, Adressen, Akten fünf Titel führen, nämlich: Domänenverwaltung, Amtskasse, Forstkasse, Obereinnahmerei, Wasser- und Straßenaufkassse — fünf verschieden geformte Journale, fünf verschieden geformte Hauptbücher, fünf Registraturen u. s. w. Das größte Handlungs- oder Banquierhaus, welches Millionen umtreibt, hat nicht so viele und verschieden geformte Bücher, als bei uns die unbedeutendste Verrechnung!

arabischen und römischen Ziffern, großen und kleinen, deutschen, lateinischen und griechischen Buchstaben und Paragraphen bedekt. Alle diese Bezeichnungen werden jährlich millionenmal unnöthigerweise geschrieben und abgeschrieben; sie kosten den Staat Zeit und Geld und machen die Rechnungen so undeutlich, daß Jemand, der nicht Jahre lang damit umgegangen, durchaus nicht im Stande ist, irgend etwas herauszufinden.

Leider hat man dieses traurige, bedauerliche System der Weitläufigkeit nun auch auf das Gemeindewesen übertragen und verlangt von den Gemeinden, daß sie ihre Rechnungen darnach einrichten und eine noch größere Anzahl von Schreibern beschäftigen und bezahlen sollen.

Für jede einzelne Gattung der Staatsrechnungen ist anderes Papier, besondere Formen, verschiedene Impressen zu Journalen und Hauptbüchern u. s. w. vorgeschrieben, obgleich Jedermann begreift, wie eine umfassende Gleichförmigkeit zweckmäßiger, einfacher und zeiterparender sein müsse. Man scheint jedoch andern Grundsätzen zu huldigen und vielen Werth darauf zu setzen, daß die Sache recht verwickelt-gelehrt aussehe und Berge von Akten entstehen.

Mit Argusaugen überwachen die Revisionsmänner die geringste Abweichung von der vorgeschriebenen Form; und wehe dem Beamten, in dessen Rechnung unter Tausenden von Nummern, Zahlen, Rubriken u. s. w. Eine fehlt! Er wird von der Revision nicht etwa vorher gehört, sondern ohne Weiteres mit Kränkungen überhäuft, am Ende mit Strafen bedroht und verfolgt, namentlich wenn man weiß, daß der Betreffende höhern Orts nicht wohl gelitten und nicht bei der „Junst“ ist.\* Im Falle aber die Revision selbst wesentliche Mängel übersieht, die Hälfte oder zwei Drittheile der Notaten auf baarem Irrthum oder Unwissenheit beruht und der misliebige Rechner wagt einen Ausdruck, welcher nur entfernt nicht nach Unterthänigkeit und Devotion riecht, so erfolgt gleich die Drohung mit ernstern und scharfen Ahndungen; denn es besteht, wahrscheinlich zur Bequemlichkeit der hoch-löblichen Herren Rätthe, die sehr fatale Einrichtung, daß jeder Revident über seine eigenen Arbeiten den Bescheid (Urtheil) selbst entwirft, folglich Richter in eigener Sache ist.

Ob Verluste, welche aus Irrthum oder Nachlässigkeit von höher Gestellten der Staatskasse erwachsen, mit gleicher Strenge gerügt und gebüßt werden, wollen wir dahingestellt sein lassen; wenn aber der Lokalbeamte Einen Großen übersieht, muß er nicht bloß Ersatz leisten, sondern auch noch die Vorwürfe und Kränkungen der Revision erdulden.

Viele kostbare Zeit geht auch deswegen verloren, weil

\* Demnach über Diäten, Bedienung, Feuerung, Junstangelegenheiten

die höhern Verordnungen nicht immer klar genug abgefaßt und gründlich erwogen sind.

Erst vor Kurzem hat eine hochpreisliche Stelle von Verrechnungen eine, voraussichtlich rein unmögliche Arbeit eingefordert (die Götter wissen zu welchem Zweck!); die Auflage wurde jedoch nach drei Wochen schon wieder zurückgenommen, „weil der Vollzug fast (?) in sämtlichen Bezirken auf Schwierigkeiten gestoßen sei“.

Nicht immer und überall ist man so loyal! und häufig müssen ähnliche unbegreifliche Arbeiten dennoch eingeliefert und viele Zeit darauf verwendet werden, damit man sie später an die Akten heften kann und damit der betreffende „Herr Rath“ Recht behält.

Zu den voraussichtlich unhaltbaren Verordnungen gehört namentlich auch die Regulirung der Gebühren, welche in gerichtlichen Untersuchungen den Zeugen aus der Amtskasse bezahlt werden müssen. Abgesehen davon, daß die einzelnen Bestimmungen der Verordnung (Reg.-Blatt v. 1846, Seite 351) so unklar und verwickelt sind und zu steten Schreibereien zwischen Aemtern, Amtskassen und Revisionen Anlaß geben, so muß eine nähere Untersuchung dieser Sache zu höchst wichtigen Bedenken führen. „Es gibt nämlich Amtsbezirke, in welchen Ein Zeuge für Einen Gang zu Amt, in Einem Tag, mehr als drei Gulden bezahlt erhält.“ Der Bube von fünfzehn Jahren, die liederliche Dirne, der Vagabund, der Dieb, der Bettler (wenn sie nicht überwiesen werden können), der Tagelöhner (welcher sonst kaum 36 Kreuzer verdient hätte), der Handwerksgehilfe, der Lehrling, kurz, alle Bewohner einzelner Orte, welche 6 Stunden vom Amtssitze entfernt sind, mit Ausnahme der Kinder, erhalten mehr als drei Gulden für einen Tag!

Man wird einsehen, daß in dieser Bestimmung eine furchtbare Versuchung für die ärmere Klasse liegt, wodurch die Sittlichkeit in hohem Grade gefährdet ist.

Interessant wäre es, die Gründe zu kennen, auf welchen obige Liberalität beruht!

Wenn alle Finanzgesetze, die mit der neuen Gerichts- und Verwaltungsorganisation zusammenhängen, nicht besser ausfallen, als die erwähnten Bestimmungen, so möchte es in der That gerathener sein, vor der Hand und so lange mit der neuen Organisation zu warten, bis die Grundsätze der Klarheit überall vollständig durchgeführt sind, damit solche tief ins bürgerliche Leben eingreifenden Maßregeln reiflicher erwogen werden können.

Dann werden auch die Lokalbeamten nicht mehr so häufig genöthigt sein, so viele Zeit auf höhere Anordnungen zu verwenden, welche sich voraussichtlich nicht halten können, und während der kurzen Zeit ihrer Dauer nur zu widerwärtigen Schreibereien über Anwendung und Auslegung Anlaß geben, den Staat viel Zeit, folglich auch viel Geld kosten, und einzelne Beamte physisch und moralisch zu Grund richten.

Die vielen Experimente mit unpraktischen Verordnungen, welche ihren Ursprung nicht im praktischen Leben sondern mehr in Büchern, Akten, Kanzleien, in geheimen Berathungen und gelehrten Theorien haben, werden heut zu Tag nicht mehr anerkannt und gebilligt; die Aktenfabrikation auf Kosten der Staatskasse wird nicht mehr so fortgetrieben werden können.

Es hoffen daher alle diejenigen, welche nicht aus der Quelle des Mißbrauchs schöpfen wollen, daß die Großherzogl. Regierung, im Verein mit den Abgeordneten des Volks, auf dem

nächsten Landtag Mittel und Wege finden, jenen Mißständen Schranken zu setzen.

Sicherlich gibt es viele Ehrenmänner unter unsern höhern Beamten, welche ein lebendiges, reges Gefühl für ihr Vaterland befeelt, und welche gewiß mit Freuden zur Erreichung jener Zwecke mitzuwirken bereit sind!

Mannheim, 13 October. Heute wählte der vierte District folgende Wahlmänner: G. Algardi, Gemeinderath; F. D. Bassermann, Buchhändler; Kauen, Ab. sen., Handelsmann; v. Soiron, Obergerichtsadvocat; Bleichrodt, zweiter Bürgermeister; K. Resler, Handelsmann; Gärtner, Apotheker; K. Hoff, Gemeinderath. Die Gewählten sind Liberale und von dem öffentlichen Comité der Versammlung im Aulasaale vorgeschlagen. Die Zahl der Wahlberechtigten in diesem Districte ist 320, davon erschienen 245. Die Liberalen erhielten 177 Stimmen; der engere Sinn hatte 56, dazu kommen 11 gemischte und ein verlorener Zettel. Im vorigen Districte war das Verhältniß 185 liberale gegen 80 conservative Stimmen und die Karlsruher Zeitung scheint dies übersehen zu haben, sonst hätte sie nicht sagen können, die Stimmenzahl werde nicht angegeben, weil man die geringe Mehrheit verbergen wolle. An den Wahltagen der beiden ersten Districte hatten sich die Leiter des „engeren Sinnes“ vor und in dem Rathhause postirt, um dort an den Wählern ihr Glück zu versuchen. Dies war früher hier nicht üblich, hatte aber zur Folge, daß am dritten Tage viele liberale Bürger sich einsanden, um auf die Bewegungen der Gegner Acht zu haben. Hierbei äußerten sich die Meinungen über das Treiben der Agenten der Rückschrittpartei unverholen; die Schützlinge des Morgenblattes aber schrien Jeter über angebliche Beeinträchtigung in ihrem Gewerbe. Sie glaubten, wie es scheint, ein Privilegium für die Theilnahme an den Wahlen zu haben, und riefen die Polizei zur Unterstützung herbei. Diese erschien auch, fand aber keinen Anlaß, ihre Allmacht zu entwickeln. Dagegen erließ, dem Vernehmen nach, das Stadtmag ein Schreiben an die Wahlcommission, worin alle Uebertreibungen des engeren Sinnes als wahr angenommen und darauf hin verlangt wurde, Vorkehrungen zu treffen, daß Aehnliches nicht wiederkehre; auch wurde bereitwillig die Polizeimannschaft angeboten. Die Wahlcommission mag nicht wenig überrascht gewesen sein, die schrecklichen Dinge zu vernehmen, da ihr doch keine Beschwerden zu Ohren gekommen war. Die Polizeimannschaft soll sie, als gänzlich überflüssig, abgelehnt haben. Heute hielten die Bürger aus freien Stücken, damit auch jeder Schein vermieden werde, Gang und Treppen des Rathhauses frei und standen in kleinen Gruppen auf dem Markt und der Straße. Das Morgenblatt, welches fort und fort behauptet hatte, daß die große Mehrheit seinem „engeren Sinne“ angehöre, klagte gestern, die „Radikalen“ hätten das Rathhaus, den Markt und die Straßen mit Schaaren von Bürgern und Proletariern besetzt gehabt; aus was für Bestandtheilen ist denn seine angebeure Mehrheit zusammengesetzt?

Die Behandlung der Presse ist seit einigen Tagen so schlecht, als sie jemals war. Während der „engere Sinn“ im Morgenblatt und im Bürgerfreund den freiesten Spielraum hat, und z. B. ungehindert die Liberalen beschuldigt, sie hätten zur Vertreibung und Ermordung der Juden aufgefors-

bert, werden die Entgegnungen in der Abendzeitung verstümmelt; dem deutschen Zuschauer wurde die Nummer, welche in dieser Woche erscheinen sollte, fast gänzlich gestrichen. Bei dem regen Verkehr, in welchem sich die Bürger während der Wahlen zusammensinden, wird dieses Verfahren alsbald bekannt und hilft vollends dazu, Jedermann über den Ursprung und die Triebfedern der sogenannten „gemäßigt Liberalen“ aufzuklären. Der Vernichtungskrieg der Censur gegen die freisinnige Presse erzeugt dann wieder Flugschriften und Caricaturen, die das Gestrichene reichlich ersetzen. Die Censur aber ist jetzt in den Händen des neuen Stadtdirectors Kern.

Einem Gerüchte zufolge, soll das Centralwahlcomité über bedeutende Summen verfügen, und einigen seiner Agenten 6000 fl. als Belohnung in Aussicht gestellt haben, wenn es ihren Bemühungen gelinge, die Wahlen in Mannheim für die Rückschrittpartei durchzusetzen. Wie lassen die Richtigkeit dieser Angabe, die wir von verschiedenen Seiten vernahmen, dahingestellt; allein in jedem Falle ist Mannheim nicht feil und läßt sich nicht kaufen. — Ganz eigenthümlich ist die Art, wie die Bürger im „engeren Sinne“ die Israeliten zu gewinnen suchten. Sie redeten zu ihnen nicht als zu Mitbürgern und Mitwählern, zu deutschen Landsleuten, sondern sie sprachen den Israeliten von ihrer „besondern Natur,“ die sich zur conservativen Richtung hinneige, und daher von selbst dem „engeren Sinn“ angehöre. Die Bürger mosaischen Bekenntnisses aber sind Deutsche und haben keine „besonderen Naturen.“ Im vierten Distrikte, der heute gewählt hat, gaben sie ihre Antwort. Die Israeliten wohnen zahlreich in diesem Stadttheile und wählten mit denen, denen sie als deutsche Mitbürger gelten.

Mannheim, 14. Oktober. Nachträglich zur gestrigen Wahl des vierten Distrikts haben wir zu bemerken, daß unter den 56 Stimmen der Minorität höchstens ein Duzend von Bürgern, die übrigen alle von Wählern, die ein öffentliches Amt bekleiden, abgegeben waren. Dies als Beitrag zur Charakteristik der Partei, welche sich als die ausschließlich bürgerliche darstellte, während sie ohne den Beistand der Angestellten und Militärpersonen zur Unscheinbarkeit herabsänke. Einer von ihnen, der gestern wählte, klagte der Wahlcommission, er sei im Herausgehen belästigt und in seiner Wahlfreiheit gestört worden. Sogleich verfügte sich der Vorstand der Wahlcommission an Ort und Stelle, und siehe da — kein Mensch war im Gang und auf der Treppe zu sehen; einige Wähler, die eben gestimmt hatten, wurden zu Zeugen genommen. Die von der Minorität vorgeschlagenen Wahlmänner sind zum Theil so weit entfernt, sich zu derselben zu bekennen, daß mehrere selbst für die Vorschläge der Mehrheit stimmten.

Heute wählte der fünfte Distrikt nachstehende acht Wahlmänner: Fr. Barth, Messerschmied; Fr. Brecher, Zuckerbäcker; K. Mathy, Gemeinderath; C. Haas, Handelsmann; Dr. Hecker, Obergerichtsadvokat; Ph. Eglinger, Handelsmann; J. Mathes, Landwirth; P. Giulini, Fabrikant. Die Gewählten hatten 186 Stimmen gegen 36 — was die Karlsruher J. nicht übersehen möge. Für den „engeren Sinn“ stimmten etwa fünf Bürger, die übrigen unter den 36 Stimmen gehörten solchen Wählern, die ein öffentliches Amt bekleiden.

Man vernimmt heute, daß das Comité der Rückschrittpartei sich aufgelöst und eine Proclamation verfaßt habe, die gedruckt erscheinen solle. Mag dies gegründet sein oder nicht, so viel ist richtig, daß die Bemühungen der Rückschrittpartei

vollständig gescheitert sind. Das Morgenblatt hat heute schon seine Artifikelfabrikation eingestellt und sich in tiefes Schweigen über den Fortgang der Wahlen gehüllt.

Nachschrift. So eben erhalten wir das „Manifest an die gemäßigt-liberalen Urwähler Mannheims,“ worin „das verstärkte Wahlcomité der gemäßigt-liberalen Bürger“ ohne Namensunterschrift erklärt, daß es sein Amt „eben so ehrenvoll, als es dasselbe angetreten,“ feierlichst und unverlezt (?) niederlege. Eben so ehrenvoll, als sie angefangen, ist die Comödie ausgespielt, das ist richtig und allein richtig in dem Manifest, welches im Uebrigen von Anfang bis zu Ende ein Gewebe der größten Unwahrheiten und Entstellungen ist. Im Eingange entwirft dasselbe ein glänzendes Bild von den Versammlungen im Lyceumsaale, von der Zahl der Anwesenden, von der Begeisterung für die gute Sache des „engeren Sinnes.“ Als Gegenstück werden hierauf die Greuelthaten der „Radikalen“ ausgemalt, ein wahrer Höllenpöbel gegen das Himmelreich im Lyceumsaale mit seinen Engelschaaren. Von den Leiden der Handlanger des engeren Sinnes, welche die rothen Zettel in die Häuser trugen und den Bürgern aufdringen wollten, wird unter Anderem erzählt: „Mit Steinen und Koth wurde nach denselben geworfen. Man spie ihnen in's Gesicht, man verfolgte sie mit dem Messer in der Hand, warf sie auf den Boden, zerriss ihnen die Kleider, kurz man erlaubte sich Gewaltthatigkeiten aller Art.“ — Das Wahre an der Sache ist, daß der Ruf „Eisele und Beisele“ Einige von ihnen auf ihren Wahlgängen begrüßte; daß viele Liberale sich am Montag vor dem Rathhause eingefunden hatten, weil bekannt geworden war, daß am Freitag und Samstag die Führer des engeren Sinnes die Zugänge zu demselben belagert hatten.

Endlich macht das Manifest den Staatsbehörden den Vorwurf, daß sie dem „engern Sinne“ nicht den genügenden Schutz gegen die Gewaltthaten der „Radikalen“ gewährt hätten. Ja, wenn auch nur etwas Wahres an dem wäre, was der „engere Sinn“ in der Verzweiflung über seine Niederlage davon faselt, so würden die Bürger selbst für Abhülfe gesorgt haben. Allein, die Polizei, welche stets in der Nähe war, konnte nichts dergleichen wahrnehmen, und das Schreiben des Stadtamtes an die Wahlcommission, welches dem Verlangen des „engern Sinnes“ ganz entsprach, hatte die Folge, daß sich kein Bürger mehr im Gange oder auf den Treppen des Rathhauses aufhielt. Kein Wähler hatte Grund zu klagen. Aber der „engere Sinn“ ist untröstlich über sein Mißgeschick, vor dem ihn weder die Polizei noch andere Hülfstruppen bewahren konnten. Er wählte ohne Zweifel, die Polizei könne ihren Schutz so weit ausdehnen, daß nur Wähler im „engern Sinne“ zur Abstimmung zugelassen würden, und dies wäre allerdings das sicherste und einzige Mittel gewesen, ihnen den Sieg zu verschaffen. Aber eine solche Zumuthung ist selbst für die Polizei zu stark, so hold sie auch dem „engern Sinne“ sein möchte. Die Klage gegen die Staatsbehörden ist nicht nur ungerecht, sondern auch undankbar, und kann keinen Zweck haben, als etwa den, einen Beamten zum Sündenbock für die Niederlage des „engern Sinnes“ zu machen. Dieser Theil des Manifests ist ein Uria'sbrief.

Wäre irgend ein Grund vorhanden, die hiesigen Wahlen anzufechten, wir hätten nichts dagegen zu erinnern. Eine zweite Wahl würde den Liberalen auch die beiden ersten

Distrikte sichern, die sie durch eigene Sorglosigkeit verloren haben. Allein wir wiederholen es, das Manifest ist lediglich ein Ausfluß der Erbitterung über die erlittenen und noch bevorstehenden Niederlagen und die verschwundenen goldenen Hoffnungen. Es ist nur das richtig, daß das „Comité des engern Sinnes“ von dem Schauplatz eben so ehrenvoll abgetreten ist als es aufgetreten war.

Es ruhe in Frieden bei seinem Vorgänger und Hintermann, dem vorjährigen Centralwahlcomité der politischen und kirchlichen Rückschrittpartei!

### Verschiedenes.

— Anstatt nach den Verträgen die Mündungen der Donau schiffbar zu erhalten, haben die Russen dieselben durch Einfenkung von Steinen unfahrbar gemacht. Auf Oestreichs Klagen gab Rußland untergeordneten Zollbeamten die Schuld. Hiermit ist Oestreich nicht zufrieden und hat seine Donauflotille um einige Kanonenboote verstärkt, die aber wenig helfen werden. In Ungarn ist die Stimmung gegen Rußland sehr gereizt und wird sich auf dem Reichstage im November Luft machen. Schon früher haben die Ungarn sich erboten, mit 100,000 Mann die Russen zur Einsicht zu bringen. Jetzt klagen sie laut, daß ihre Truppen an den Po geschickt werden, um die Italiener zu unterdrücken, statt an der Donau für die Wahrung deutscher und ungarischer Interessen aufzutreten.

— Bei der Anwesenheit des Königs von Preußen in Benrath, empfing er eine Deputation rheinischer Fabrikanten, welche um Durchsicht des Zolltarifs zum Schutze vaterländischer Arbeit baten. Der König erklärte, er sei in dieser Sache neutral und werde diejenige Ansicht unterstützen, welche die öffentliche Meinung für sich gewinnt. Der Minister von Bodelschwingh neigte sich mehr zu dem freien Handel der Engländer in Deutschland, hielt aber doch für billig, daß die Zoll-erhöhung auf englische Twiste den Türksichroth-Färbern in einem Rückzoll vergütet werde.

— In England sind die Geldverhältnisse in einem kritischen Zustande. Bankerotte brechen in steigender Zahl und Größe aus, die Bank hat ihren Zinsfuß auf  $5\frac{1}{2}$  Prozent erhöht und beschränkt ihre Geschäfte. Ähnliches wird aus Belgien berichtet. Die Bank in Brüssel discountirt nur noch Papiere, die nicht über 30 Tage zu laufen haben. — Aus Wien erfährt man, daß der Finanzminister v. Kübeck, weil seine Verfügung, die Ankäufe von Eisenbahnactien einzustellen, höheren Orts aufgehoben wurde, seine Entlassung begehrt habe. Sie wurde nicht angenommen, vielmehr sind die Ankäufe der Creditkasse nach seinem Vorschlage eingestellt. — Auch nach Amerika haben die Vorgänge in London gewirkt. In Folge dortiger Bankerotte hat sich ein bedeutendes Haus in Newyork zahlungsunfähig erklärt.

— Nach der Magdeburger Zeitung wäre an die preussischen Gesandten in Wien, Turin, Florenz, Rom und Neapel die Weisung ergangen, sich in jedem Falle dem Verhalten der österreichischen Regierung anzuschließen.

— Graf von Görlich in Darmstadt erklärt in öffentlichen Blättern den Artikel in deutschen Zuschauer, welcher ihn mit dem Verdachte der Ermordung seiner Gemahlin belaste, für verläumberisch. Er habe denselben dem großherzoglichen Hofgericht in Darmstadt zur Kenntniß und beliebigen Verfügung übergeben. In einer Staatsrathssitzung — berichtet das Mann-

heimer Journal — soll die Frage erwogen worden sein, ob nicht eine nachträgliche Untersuchung anzuordnen sei, um die Aufregung der Gemüther zu beschwichtigen.

— Der Große Rath von Luzern hat den Antrag des Obersten Göldlin von Sursee, — den Sonderbund dem Volke zur Abstimmung vorzulegen — mit allen gegen 11 Stimmen verworfen. — Von verschiedenen Seiten wird gemeldet, daß die französische Regierung dem Sonderbund Waffen und Kriegsbedarf verabsolgen lasse.

— Die Königin von Spanien hat ein neues Ministerium ernannt, an dessen Spitze der General Narvaez steht, der sich mit dem Günstling Serrano abfand. Die Ernennung ist ein Sieg des französischen Einflusses, der das spanische Nationalgefühl beleidigt und keine lange Dauer verspricht.

— In Paris wurde am 6. Oktober ein Postbeamter, Namens Niogret, der Briefe mit Wechseln unterschlagen und einen Theil der Wechsel mittelst falscher Unterschriften einkasirt hatte, zu 8 Jahren, sein Geschäftsgagent zu 6 Jahren Galeerenstrafe, beide zu öffentlicher Ausstellung und 150 Fr. Geldbuße verurtheilt. Dabei sprach das Gericht aus, daß die Postverwaltung für ihre Angestellten verantwortlich sei, und verurtheilte sie zum Ersatz der unterschlagenen Summen.

— Im Staatsrathe zu Neapel hat Fürst Campofranco, und im Ministerrathe der Minister Santangelo darauf gedrungen, durch weise Staatsverbesserungen die Gunst des Volkes und ganz Italiens zu gewinnen; der Ministerpräsident, Herzog von Pietracatella, stimmte bei, aber der Widerstand der Gegner ist noch nicht überwunden. — In Rom ist die neue Gemeindeverfassung veröffentlicht und mit Beifall angenommen worden.

— Die Stadt Bielefeld hat ein Bataillon, welches schon nach Herford abmarschirt war, wieder erhalten, weil sie die vom Könige einer Deputation in Münster gestellte Bedingung erfüllte; die Bedingung aber war keine andere, als daß der Landtagsabgeordnete, Kaufmann Delius, und das Magistratsmitglied (ehemal. Landwehroffizier) Johanning ihre Stellen niederlegen müßten. Die Stadt Bielefeld schämte sich nicht, diese Männer hiezu zu veranlassen, um den Preis der davon zu tragen.

— Der Gr. Rath des Kantons Wallis versammelte sich am 5. Oktober. Als der Präsident, Hr. v. Curten, die Eröffnungsrede gehalten hatte, lehnte er sich an seinen Stuhl und — war todt. — Am 10. wurde die Kriegsfrage in den Gemeinden zur Volksabstimmung gebracht.

— In der bayerischen Ständeversammlung sind bereits mehrere Vorschläge eingereicht worden, um die Mittel für den Eisenbahnbau herbeizuschaffen. Ein zinstragendes Papiergeld scheint vielen Anklang zu finden. Hr. v. Schägler schlägt eine Verbindung verschiedener Creditoperationen vor, nämlich: 1) Annahme von Geld gegen vierprozentige Obligationen; 2) ein Anlehen von 6—8 Millionen bei der Bank auf Annuitäten, zu 4 Prozent; 3) Ausgabe von 5 Millionen Kas senanweisungen in Abschnitten von mindestens 50 fl. mit 2 Prozent verzinslich, mit der Ermächtigung an die Regierung, wenn das Papier raschen Abgang finde, die Summe bis auf 10 Millionen auszudehnen; 4) Wiedergestattung der eingestellten Ablösungen der verschiedenen Lehengefälle; 5) ein Lotterianlehen.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.